

KOREA

ZWEITES KOREANISCHES GIPFELTREFFEN: WAS IST ZU ERWARTEN?

Die Nachricht über ein zweites historisches Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea kam überraschend und löste heftige Diskussionen zwischen progressiven Befürwortern und konservativen Gegnern aus. Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung dieses Gipfeltreffen zwar befürwortet, die Erwartungshaltung jedoch geringer ist als noch beim ersten Aufeinandertreffen vor sieben Jahren. National und international wartet man nun mit Spannung darauf, welche Inhalte die beiden Staatsoberhäupter besprechen werden, was beschlossen wird und ob das Treffen floppt oder toppt.

Nach dem ersten Gipfeltreffen zwischen dem ehemaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung und dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-il im Juni 2000 in Pjöngjang, wäre dies das zweite Aufeinandertreffen der Staatsoberhäupter beider Teile Koreas. Geplant ist das Treffen zwischen Südkoreas Präsident Roh Moo-hyun und Kim Jong-il vom 2. bis 4. Oktober in Pjöngjang.

Das Gipfeltreffen findet zu einem Zeitpunkt statt, nachdem die Sechs-Parteien-Gespräche zur Entnuklearisierung Nordkoreas wieder aufgenommen worden sind. Am 13. Februar 2007 einigten sich Süd- und Nordkorea, die USA, China, Russland und Japan in Peking darauf, dass Nordkorea seine nuklearen Einrichtungen abschaltet, demontiert sowie eine komplette Liste seiner Atomprogramme und -waffen vorlegt. Im Gegenzug wurden Pjöngjang Energielieferungen in Form von Rohöl sowie wirtschaftliche und politische Anreize in Aussicht gestellt. Ob die nun angekündigte historische Zusammenkunft diesen Prozess voranbringen kann, darüber gehen die Meinungen auseinander, doch alle Teilnehmer der Sechs-Parteien-Gespräche begrüßten offiziell die Gipfelankündigung. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sprach sogar von einer wichtigen Chance, den Frieden und die Sicherheit in Korea zu stärken und die gesamt-koreanische Versöhnung voranzutreiben.

Die beiden Regierungen geben sich optimistisch. So erklärte Nordkorea, dass das Treffen „von erheblicher Bedeutung für die Eröffnung einer neuen Phase des Friedens auf der koreanischen Halbinsel“ sei. Die südkoreanische Regierung sprach von dem Beginn „einer Ära des Friedens und Wohlstands“ auf der koreanischen Halbinsel. Da bisher noch keine offizielle Agenda durch das südkoreanische Präsidialamt bekannt gegeben wurde, wird diesbezüglich heftig spekuliert und diskutiert. Die Hauptgesprächspunkte dürften sich jedoch um die Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms drehen. Ferner könnte über ein mögliches Friedensabkommen verhandelt werden, denn seit dem Ende des Koreakriegs im Jahre 1953 haben Nord- und Südkorea offiziell noch immer keinen Frieden geschlossen, sondern lediglich einen Waffenstillstand vereinbart. Gespräche über vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Streitkräften beider Staaten sowie die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden weitere Themenschwerpunkte darstellen.

Neben der Entnuklearisierung und einem Friedensabkommen wird Präsident Roh bei den kommenden Gesprächen vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit größte Priorität einräumen. Das Nuklearproblem wird dabei von Süd- und Nordkorea in erster Linie als Thema der Sechs-Parteien-Gespräche gesehen und dort vorangetrieben werden. Roh ist daher auch der Ansicht, dass die Interdependenzen in der Wirtschaft den entscheidenden Faktor für die Etablierung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel bilden. Seiner Meinung nach kann die Wirtschaftskooperation unabhängig von politischen Veränderungen intensiviert werden. Nach verstärkter ökonomischer Zusammenarbeit ließe sich leichter über militärische und politische Differenzen diskutieren, wenn bereits die ersten Schritte für eine gemeinsame Basis eingeleitet wurden. Immerhin hat sich der Innerkoreanische Handel seit dem ersten Gipfeltreffen (2000) bereits verdreifacht und 2006 ein Rekordhoch von 1,4 Milliarden

US-Dollar erreicht und ist dabei noch weiter ausgebaut zu werden. Vier weitere Sonderwirtschaftszonen, drei neue Touristengebiete sowie Investitionen in die nordkoreanische Infrastruktur sollen diesen Trend fortsetzen und die Kosten einer zukünftigen Wiedervereinigung senken. Seoul denkt inzwischen an eine offiziellere Form der Wirtschaftskooperation, die in ein Freihandelsabkommen münden könnte.

Die Vorbereitung für dieses historische Ereignis wird in der nordkoreanischen Stadt Kaesong, ehemals koreanische Hauptstadt während der Goryeo-Dynastie (918-1392), stattfinden. Kaesong befindet sich unweit der Grenze und in unmittelbarer Nähe der gleichnamigen Sonderwirtschaftszone, welche das Flaggschiff der südkoreanischen Sonnenscheinpolitik darstellt.

Vor sieben Jahren, beim historisch ersten Treffen des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung mit Kim Jong-il war eine erste Annäherung in die Wege geleitet worden. Vertrauensbildende Maßnahmen wurden vereinbart sowie einer innerkoreanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zugestimmt. Für seine „Sonnenschein-Politik“ gegenüber dem kommunistischen Nachbarn wurde Kim Dae-jung im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Überschattet wurden die Ergebnisse des Gipfels im Nachhinein von Berichten, wonach die Regierung in Seoul der Bereitschaft des Nordens zu dem Gespräch mit geheimen Zahlungen in Höhe von rund 500 Millionen US-Dollar auf die Sprünge geholfen haben soll. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Seoul Pjöngjang auch dieses Mal durch direkte Zahlungen geködert hat. Stattdessen wird Präsident Roh vermutlich Entwicklungshilfe und den Ausbau der Wirtschaftskooperation in Aussicht gestellt haben. Der Norden hat schließlich noch nie ohne Gegenleistung kooperiert.

Damals wie heute versteht Südkorea direkte Gespräche mit seinem Nachbarn als nationale Angelegenheit und lässt selbst seinen Hauptverbündeten, über Details im Dunkeln. So erfuhren die USA, erst wenige Stunden vor der Bekanntgabe am 8. August von dem Großereignis. Dabei befürworten die USA das Gipfeltreffen offiziell, allerdings unter der Voraussetzung, dass dieses den multilateralen Ansatz zur Entnuklearisierung Nordkoreas unterstützt und somit einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leistet, so der Sprecher des Weißen Hauses Tony Snow. Das Gipfeltreffen will die USA als Teil des multilateralen Formats der Sechs-Parteien-Gespräche verstanden wissen, welches auch bilaterale Gespräche vorsieht. Zwischen Südkorea und den USA besteht zwar der Grundkonsens, dass man in Nordkorea nur zum Erfolg kommen kann, wenn die innerkoreanischen Gespräche und die

Sechs-Parteien-Gespräche im Gleichschritt voranschreiten. Sollte sich Präsident Roh zu weiteren Investitionen und wirtschaftlicher Kooperation verpflichten, ohne die endgültige Entnuklearisierung abzuwarten, würden die innerkoreanischen Beziehungen den Sechs-Parteien-Gesprächen jedoch um Schrittlängen voraus sein. Die USA scheinen zu befürchten, dass eine unabgestimmte Nordkoreapolitik es den nordkoreanischen Machthabern ermöglicht die einzelnen Parteien gegeneinander auszuspielen. Nordkorea könnte mit der wirtschaftlichen und humanitären Unterstützung Südkoreas dem internationalen Druck länger standhalten und die Isolation durch den Westen in Kauf nehmen.

MEINUNGEN ZUM GIPFELTREFFEN

Generell befürwortet ein Großteil der südkoreanischen Bevölkerung das Gipfeltreffen. Die Erwartungen sind jedoch längst nicht so hoch wie beim ersten Gipfeltreffen vor sieben Jahren. Auch bezüglich des Zeitpunkts, Austragungsorts und politischen Kontexts ist die Nation gespalten. Der Zeitpunkt – nur drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2007 und vier Monate vor dem Amtsende von Präsident Roh Moo-hyun – ist nicht unumstritten. In Umfragen waren immerhin 49,1 Prozent der Befragten mit dem Zeitpunkt einverstanden, während 42,8 Prozent das Treffen lieber unter einer neuen Regierung im nächsten Jahr gesehen hätten. Hierzu gehören zweifelsohne auch die Abgeordneten der konservativen GNP (*Grand National Party*). Deren Parteivorsitzender Kang Jaesup äußerte „zwar sei man nicht gegen das Gipfeltreffen, behalte sich aber vor, auf Probleme des Treffens, wie zum Beispiel Zeitpunkt und Ort hinzuweisen.“ Der Zeitpunkt, so kurz vor den Präsidentschaftswahlen, wird vor dieser in allen Meinungsumfragen, vorne liegenden Oppositionspartei als taktisches Kalkül des Präsidenten interpretiert, um auf die Wahlen Einfluss zu nehmen und das progressive liberale Lager zu stärken. Zudem wird der Austragungsort des Gipfeltreffens, auch nach der Verschiebung, erneut Pjöngjang sein, was ebenfalls kritisiert wird, da man sich beim ersten Gipfeltreffen im Jahre 2000 eigentlich darauf verständigt hatte, dass ein mögliches zweites Treffen in Südkorea stattfinden würde. Die Sprecherin der GNP Na Kyung-won fasst die Position ihrer Partei wie folgt zusammen. Sollten auf dem Gipfeltreffen wichtige Punkte, wie bspw. die nukleare Abrüstung auf der Tagesordnung stehen, könnten sich die Parteien auch in einem Drittland treffen, um dies alsbald zu diskutieren. Ansonsten sollte das Gipfeltreffen erst unter der nächsten Regierung stattfinden, um so substantielle Diskussionen zu fördern, welche nicht in Gefahr laufen Missverständnisse bzw. den Unmut der Bevölkerung auf sich zu ziehen. Der jüngst am

20. August 2007 nominierte Präsidentschaftskandidat der Konservativen Lee Myung-bak befürwortete ein Gipfeltreffen zwar generell, bemerkte aber, dass Präsident Roh das Ziel und die Agenda nennen sollte, da man sonst glauben könnte, dass er dieses nur für seine politischen Zwecke nutzen möchte.

Die liberalen Parteien weisen die Kritik der GNP dagegen zurück. Die Position der Regierung sei es immer gewesen, dass ein neues Gipfeltreffen mit Nordkorea zu jeder Zeit an jedem Ort abgehalten werden könne, so dass dies nicht mit innenpolitischen Erwägungen zu tun habe, so ein Regierungssprecher. Das liberale regierungsnahe Lager begrüßte das geplante Spitzentreffen. Die neu gegründete *United New Democratic Party* (UNDP), welche am 20. August mit der URI-Partei fusionierte und ebenfalls dem liberalen Lager zugeordnet wird, äußerte die Hoffnung, dass das Treffen erfolgreich verlaufen wird. Dass dieses Gipfeltreffen maßgeblich zur Lösung der Nuklearkrise beitragen kann, bezweifelt jedoch die Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung. Nichtsdestotrotz ist man der Ansicht, dass die Zusammenkunft wenigstens teilweise zu der Entnuklearisierung Nordkoreas beitragen wird. Immerhin ein Drittel der Befragten zeigt sich noch optimistischer und erwartet, dass das Problem in diesem Gespräch gelöst werden kann.

POLITISCHE EINSCHÄTZUNG

Der Zeitpunkt für ein neues koreanisches Gipfeltreffen scheint verfrüht. Nordkorea präsentiert sich in jüngster Zeit zwar ungewohnt kooperationsbereit, der Weg zur Entnuklearisierung wurde aber erst jüngst eingeschlagen und wird noch ein langer sein. Zudem ist keine wirkliche Richtungsänderung des nordkoreanischen Regimes zu beobachten. Eine Belohnung durch Investitionen oder Zugeständnisse Südkoreas, welche mit dem Gipfeltreffen höchstwahrscheinlich einhergehen werden, scheinen daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt.

Die Implikationen des Gipfels für die regionale aber auch innerkoreanische Politik werden in erster Linie von den verabschiedeten Vereinbarungen und deren Umfang abhängig sein. Ein erfolgreiches Gipfeltreffen, welches einen tatsächlichen Beitrag zur Aussöhnung und Entnuklearisierung leistet, könnte jedoch beachtliche Veränderungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung mit sich bringen. In solch einem Fall würden die Befürworter eines unilateralen, USA-unabhängigeren, „koreanischen“ Engagements Zulauf erhalten. Dies könnte die Chancen der konservativen Oppositionspartei bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Dezember verschlechtern, welche eine insgesamt kompromisslosere Nordkoreapolitik in enger Abstim-

mung mit den USA befürwortet. Auch eine harsche Kritik Washingtons an dem Gipfel würde den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit von den USA in der Bevölkerung stärken. Insbesondere nachdem die USA trotz Bittens Südkoreas nicht bereit waren, im südkoreanischen Geiseldrama in Afghanistan zu vermitteln.

Das Gipfeltreffen stellt zwar einen Meilenstein in der Nord-Süd-Beziehung dar, wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach keine neuen dramatischen Veränderungen mit sich bringen. Stattdessen wird erwartet, dass die beiden Staatsoberhäupter den bisherigen Aussöhnungsprozess bestätigen und ihre Absicht zur weiteren Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel erneuern und somit die Entspannungspolitik in der Region fortsetzen, welche noch bis vor kurzem durch Nordkoreas Nuklearambitionen bedroht wurde. Südkoreas Präsident Roh möchte zum Ende seiner Amtszeit noch die Weichen stellen für die weitere Entwicklung des Aussöhnungsprozesses. Ob eine künftig zu erwartende konservative Regierung ebenfalls seine Sonnenscheinpolitik fortführen wird, ist eher fraglich. Roh, der auch in den eigenen Reihen kaum noch einen Rückhalt hat und dessen Unbeliebtheit und politischer Eigensinn mit zum Zerfall der URI Partei beigetragen haben, will mit dem Gipfeltreffen Fakten schaffen, damit ein möglicher konservativer Nachfolger seinen innerkoreanischen Annäherungsprozess, nicht wieder zunichte machen kann. Ferner scheint er insgeheim zu hoffen, dass das Gipfeltreffen dem progressiven Lager Aufwind gibt und noch eine Trendwende für die bereits entschieden geglaubten Wahlen herbeigeführt werden kann.

Wirklich hilfreich für den multilateralen Ansatz der Sechs-Parteien-Gespräche kann das Gipfeltreffen eigentlich nur sein, wenn Präsident Roh den Norden einer greifbaren Verpflichtung zur Abrüstung beispielsweise bis zum Ende des Jahres abringt. Bedingungslose Zugeständnisse und Unterstützung werden die bisherigen multilateralen Bestrebungen, Pjöngjang durch Ausübung von Druck zur Entnuklearisierung zu veranlassen, nur gefährden. Zudem werden hierdurch die Beziehungen und auch die militärische Allianz mit Washington weiter belastet.

Eine Friedenserklärung könnte sich zwar auf die Wahlen im Dezember auswirken, würde aber formal keine Auswirkung auf die Beendigung des Waffenstillstandsabkommens haben. Es hätte ohne die Beteiligung von China und den USA, welche beide Unterzeichnernationen sind, ohnehin nur symbolischen Charakter. Jedwede Versprechung, welche Präsident Roh dem Norden gegenüber macht, wird zudem keinen bindenden Charakter für den nächsten südkoreanischen Präsidenten haben. Dieser Tatsache wird sich auch Kim Jong-il

bewusst sein, hat er doch die Erfahrung, dass sich die Politik eines Landes mit einem Regierungswechsel verändern kann, bereits bei dem Wechsel der US-Präsidenten von Clinton zu Bush miterlebt. Das nächste Staatsoberhaupt Südkoreas wird die Macht haben, die Politik seines Vorgängers zu kippen, zu ändern oder auch weiterzuführen.

Seoul, 28. August 2007

Marc Ziemek

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Korea